

Im Grünen-Büro in der Berliner Pappelallee lehnen Plakate an der Wand, von denen eine junge Frau mit dunklen Haaren lacht. Ein Mitarbeiter sagt, endlich seien auch die Flyer fertig geworden. „Julia Schneider für Pankow“, steht darauf. Von Stefan Gelbhaar, der fünf Wochen vor der Bundestagswahl seine Direktkandidatur und seinen Wahlkreis wegen Belästigungsvorwürfen verloren hat, gibt es hier kein einziges Plakat mehr.

Die Vorwürfe gegen ihn sind undurchsichtig, die schwerste Anschuldigung hat sich als erfunden herausgestellt. Der RBB musste seine Beiträge zurückziehen, die Fraktionsvorsitzende der Grünen in Berlin-Mitte hat ihr Mandat niedergelegt und ist aus der Partei ausgetreten. Aber die Pankower Grünen bleiben bei ihrer Entscheidung: Nicht Gelbhaar kandidiert in Pankow, sondern Julia Schneider, 34, Ostberlinerin.

Sie kommt ein paar Minuten später zum Termin. Die kleine Tochter, die Kita, sagt sie. Dann erzählt sie, wie der Fall Gelbhaar ihr Leben durcheinandergebracht hat. Und wie ihre Perspektive darauf ist.

Frau Schneider, Sie sind die Direktkandidatin der Grünen in Pankow. Ohne den Skandal um vermeintliche Anschuldigungen von Frauen gegen Stefan Gelbhaar wären Sie das nicht geworden. Wie geht es Ihnen damit?

Zur Aufklärung der Vorwürfe, um die es geht, kann ich nichts beitragen, ich weiß alles aus der Presse, wie Sie. Aber ja, meine Direktkandidatur hätte es sonst nicht gegeben.

Und wie geht es Ihnen nun damit?

Es gab ein großes Unbehagen bei mir, ich denke seit Wochen darüber nach, es hat mir Magenschmerzen bereitet. Das Thema beschäftigt alle: Menschen, die schon einmal zu Unrecht beschuldigt wurden und auch Frauen, die sexuelle Gewalt erfahren haben und sich nicht trauen, darüber zu sprechen. Egal, von welcher Richtung man auf das Thema guckt, es ist total emotional. Wir haben im Kreisverband viel diskutiert. Dass wir alle noch miteinander sprechen, finde ich beeindruckend.

Bei den Grünen in Mitte, wo die Fraktionsvorsitzende falsche Anschuldigungen verbreitet haben soll und zurückgetreten ist, dürfte das anders sein.

Ich kann nur von Pankow sprechen, nicht von Mitte oder der Gesamtpartei. Wir kennen Stefan lange, haben gut und eng mit ihm zusammengearbeitet.

Wie lange kennen Sie ihn?

Seit ich hier im Kreisverband bin, seit 2017. Er ist ein geschätzter Politiker, der viele wichtige Sachen in die Bundespolitik bekommen hat: das Thema Fahrradfahren, die Bahnsanierung. Er war Landesvorsitzender, eine wichtige Person. Er ist natürlich auch ein Ostdeutscher unter vielen Westdeutschen. Das verbindet uns.

Wie ist es dazu gekommen, dass Sie sich selbst für das Direktmandat beworben haben?

Wegen der Vorwürfe gegen Stefan hat der Kreisverband entschieden, die Wahl neu anzusetzen. Daraufhin haben sich mehrere Mitglieder gemeldet und ihr Interesse an einer Kandidatur bekundet.

Sie haben sich nicht von sich aus gemeldet?

Nein, erst als ich die Rückmeldung bekommen habe: Schade, dass keine Frau dabei ist. Und: Kannst du es nicht machen?

Es hatten sich nur Männer gemeldet?

Ja. Man könnte sagen, dass ich ein Hasenfuß bin, weil ich mich nicht gleich gemeldet habe, aber ich wollte nicht. Ich wollte nicht gegen Stefan Gelbhaar antreten.

Warum nicht?

Weil er so für diesen Kreisverband steht. Aber als klar war, dass andere sowieso gegen ihn antreten werden, war es für mich mental etwas anderes. Es war keine Kampfkandidatur, wie es jetzt manchmal heißt. Wir waren zu viert.

Gab es einen bestimmten Moment, in dem Sie sich entschieden haben, es zu tun?

Ich habe mit meinem Freund und mit vielen vom Kreisverband gesprochen. Aber ehrlich gesagt war es der Moment, als ich gesehen habe, es treten nur Männer an. Ich hab gedacht: Das kann nicht wahr sein.

In Ihrer Rede auf der Wahlversammlung haben Sie gesagt, Sie stünden für eine Partei, in der Frauen sich wieder sicher fühlen sollen. Das war ein Seitenhieb gegen Gelbhaar, oder nicht?

Das wird da jetzt reingelesen, ich habe Kritik für den Satz bekommen, würde ihn aber immer wieder so sagen. Der geht nicht an die Männer, der geht nicht an Stefan



Bewarb sich für das Direktmandat, als klar war, dass sonst nur Männer antreten: Julia Schneider

Unsere Serie „Der Osten und seine Kandidaten“, Teil 3

„Ich wollte nicht gegen Stefan Gelbhaar antreten“

Julia Schneider ist die neue Direktkandidatin der Grünen in Pankow. Hier spricht sie erstmals über ihre Zweifel und den Moment, als ihre Entscheidung fiel

ANJA REICH (INTERVIEW)
UND
JORDIS ANTONIA SCHLÖSSER/
OSTKREUZ (FOTO)



Der Osten
UND SEINE KANDIDATEN

Gelbhaar. Der geht an die Frauen, und die haben das verstanden.

An die Frauen, die Vorwürfe gegen ihn erhoben haben?

Nein, an Frauen generell, auch die Frauen der Zukunft. Unabhängig von diesem Fall. Nach der öffentlichen Debatte habe ich den Eindruck, Frauen, denen etwas mit einer beliebten Person zustoßt, trauen sich nicht mehr, das laut zu sagen. Aber unsere Partei soll ein Ort sein, wo man keine Angst haben braucht. Politisch war mir das wichtig. Mein Satz wurde aber auch falsch zitiert.

Wie lautet er richtig?

Ich habe gesagt: Ich kandidiere hier, damit das Wesentliche wieder in den Fokus rückt, und ich will das in einem Kreisverband tun, in dem Frauen sich sicher fühlen.

Die Chefin der Grünen Jugend sagt, innerhalb einer Partei gilt nicht die Unschuldsvermutung. Wie sehen Sie das?

In einem Rechtsstaat gibt es ein lang erprobtes Prinzip, und das ist die Unschuldsvermutung, die gilt natürlich auch in der Partei. Wir sind kein rechtsfreier Raum.

Haben Sie eine Erklärung dafür, warum die Vorwürfe gegen Stefan Gelbhaar direkt vor der Bundestagswahl gekommen sind?

Nein. Ich kann zur Aufklärung des Falles selbst nichts beitragen. Wir wissen nicht, was eigentlich passiert ist. Das Nichtwissen muss man aushalten können. Wir müssen die Aufklärung abwarten, die Bundesspitze hat ein Gremium eingesetzt. Mein Fokus ist: Wir sind im Wahlkampf, wir wollen das bündnisgrüne Direktmandat gegen CDU und AfD in Pankow verteidigen.

Ist Gelbhaar ein Opfer der MeToo-Bewegung?

Er ist auf jeden Fall Opfer einer Straftat geworden. Aber für diesen Fall die ganze Bewegung in Haftung zu nehmen, finde ich nicht richtig.

Als sich nach Ihrer Wahl herausgestellt hat, dass der schlimmste Vorwurf mit den K.o.-Tropfen ausgedacht war von einer Frau, die es nicht gibt, haben Sie da darüber nachgedacht, sich zurückzuziehen?

Ich habe mit Stefan darüber gesprochen, ich bin ja weiter in Kontakt mit ihm, was mir wichtig war. Aber die Möglichkeit zurückzuziehen, gab es gar nicht für mich. Die Zustimmung zur Kandidatur ist unwiderruflich. Wenn ich zurückgezogen hätte, hätte es entweder keine Kandidatur gegeben oder wieder eine Wahl geben müssen. Ich habe mich gefragt, wie würde das Ergebnis aussehen. Die Antwort ist: Es gibt weiterhin sieben Meldungen von Frauen. Ich weiß nicht, ob es so viel anders ausgegangen wäre. In der öffentlichen Wahrnehmung ist die Falschaussage ein kompletter Kippunkt gewesen. Aber in der etwas differenzierteren Diskussion im Kreisverband? Weiß ich nicht.

Hat Ihnen Stefan Gelbhaar zur Wahl gratuliert?

Ja, hat er. Er hat mir viel Erfolg gewünscht. Und bei der Aussprache vor einer Woche hat er das auch nochmal gesagt: Die Entscheidung ist nicht der Weisheit letzter Schluss, aber Julia ist eine gute Kandidatin.

Als Sie vor drei Jahren ins Abgeordnetenhaus gegangen sind, sagten Sie, Sie wollen sich für ein neues Ostbeustein einsetzen. Haben Sie das geschafft?

Ich bin im Fraktionsvorstand gemeinsam mit Stefan Ziller, der auch Ostdeutscher ist. Da bringen wir das ein. Beim letzten Verdiensten wurden zwei Frauen mit Ostsozialisation geehrt. Das Bewusstsein hat zugenommen, finde ich.

Sieht man auf die Ergebnisse der Landtagswahlen, hat man den Eindruck, grün und ostdeutsch, das passt nicht zusammen. Wie ist das hier, in Pankow?

In Pankow gibt es unterschiedliche Ansichten zu Dingen, die wir fordern oder durchsetzen. Im Süden spricht man über Fahrradstraßen und im Norden freut man sich schon über Fußwege. Das sind Welten in einem Bezirk, hat aber nicht unbedingt mit der Herkunft zu tun. Ostdeutschen fehlt Repräsentanz. Das ist wichtig, um Einstellungen zu verstehen. Zum Beispiel zur Unterstützung der Ukraine und zum Krieg.

Die meisten Ostdeutschen wollen keine Waffenlieferungen an die Ukraine, Robert Habeck aber will die Militärausgaben auf 3,5 Prozent des Bruttosozialproduktes erhöhen. Sind Sie da eher bei Ihrer Partei oder bei der Mehrheit der Ostdeutschen?

Die Ostdeutschen gibt es nicht. Gerade hier in Pankow sagen Bürgerrechtler: Wir sind 1989 für unsere Freiheit und Demokratie aufgestanden. Wenn wir die Ukraine nicht unterstützen, helfen wir, die Demokratie abzuschaffen. Bei dieser Haltung kann ich gut mitgehen. Das Ideal „Frieden schaffen ohne Waffen“ verstehe ich aber auch. Meine Position ist dazwischen.

Sie kommen aus Hohenschönhausen, haben in Frankfurt (Oder) studiert. Wird über diese Themen in ihrer Familie viel diskutiert?

In der Familie reden wir nicht viel über Politik. Aber in Frankfurt (Oder) hatte ich sehr viele Kommilitonen aus der Ukraine, war auch selbst in Lwiv und in den Transkarpaten zu Gast. Durch diese persönliche Verbindung habe ich auch ein Verantwortungsgefühl.

Was wäre das Erste, wofür Sie sich einsetzen würden im Bundestag?

Für den Campus für Demokratie in der Magdalenenstraße, dort, wo die Stasizentrale war, die erstürmt wurde in der Wendezeit. Daraus soll ein Ort werden, der zeigt: Wie war der Weg zur Demokratie? Warum gab es kein langsames Zusammenwachsen der DDR mit der Bundesrepublik, wie es einige wollten? Wie war es für die Menschen, über Nacht in ein anderes System geworfen zu werden? Ich bin ja selbst mit zwölf aus Berlin nach Freiburg in Baden-Württemberg gezogen und kann mir annähernd vorstellen, wie schwer das gewesen sein muss.

Wie ist es Ihnen in Freiburg ergangen?

Ich wurde gemobbt, war uncool, irgendwie komisch, zu direkt. Mir wurde gesagt: Julia, wir sind hier nicht so. Ich spreche zwar Hochdeutsch, sage aber eher „Mülich“. Als ich mal in einer anderen Klasse geklopft und gesagt habe, habt ihr einen „Tüsch“ für mich, sind alle in schallendes Gelächter ausgebrochen. Im Unterricht haben wir – nach meiner Erinnerung – nicht einmal über die DDR gesprochen. Hauptsächlich ging es um Napoleon und die Französische Revolution. Einmal haben wir einen Ausflug nach Berlin gemacht. Meine Mitschüler wussten, ich komme aus Hohenschönhausen. Raten Sie mal, was wir besucht haben mit der Klasse.

Das Stasigefängnis?

Genau, alle haben gesagt: Ah, da kommt du her! Da habe ich gemerkt, was weiß denn der Westen vom Osten: Stasigefängnis und dass wir keine Bananen hatten. Diese Witze gibt es bis heute. Hab ich selbst gehört.

Wie ist es innerhalb der Grünen? Gibt es da auch solche Klischees?

Nein, diese Sprüche habe ich noch nicht bekommen. In Pankow gibt es viele Zugezogene und viele aus der Bürgerbewegung. Wir haben genau die Mischung: Osterlin und Freiburg. Wahrscheinlich fühle ich mich deswegen hier so wohl.

Die Verdrängung der Ostdeutschen aus dem Prenzlauer Berg – ist das ein Thema?

Ja. Ostdeutsche ziehen in den Norden von Pankow, wie ich, ich habe auch keine Wohnung in Prenzlauer Berg gefunden. Und wer kriegt die Mieteneinnahmen? Nicht die Ostdeutschen. Die konnten sich keine Häuser oder Wohnungen kaufen nach der Wende. Meine Mutter hat zu mir gesagt: Tut mir leid, Jule, konnte ich damals nicht. Wir hatten nicht das Geld und nicht das Denken.

Wie sind Ihre Chancen auf ein Direktmandat bei dieser Wahl? Es gibt eine Meinungsumfrage, die nicht wie sonst die Grünen, sondern die AfD vorne sieht.

Beim letzten Mal, 2023, hatten wir hier zehn Prozent Abstand zur CDU, ich habe mit 30 Prozent meinen Abgeordnetenhauswahlkreis direkt gewonnen. Und ich schätze meine Chancen weiter gut ein. Ich merke das an den Reaktionen der Leute an den Wahlständen.

Wie sind die Reaktionen?

Viele sagen: Ach, wir kennen Sie ja schon. Andere fragen: Was ist denn jetzt eigentlich los mit Herrn Gelbhaar? Dann erkläre ich, was passiert ist.